

Behörden Spiegel

Einführung der E-Rechnung stockt

Kommunen auf der Suche nach den richtigen Lösungen

(BS/Dr. Donovan Pfaff/Dr. Steffen Bernius*) Die mit der E-Rechnung einhergehenden Vorteile für die Verwaltung sind ebenso ausgiebig dokumentiert wie Studienergebnisse zu der immer noch mangelnden Umsetzung bei Behörden und Kommunen. Das bloße Hinweisen auf Einsparpotenziale von bspw. über 6 Milliarden Euro auf kommunaler Ebene bringt jedoch offensichtlich keinen Umschwung. Die spannende Frage ist, wie man dieses Potenzial hebt. Eine aktuelle Studie der Bonpago GmbH, bei der Verantwortliche im Rechnungswesen bei über 60 Kommunen aus sechs Landkreisen interviewt wurden, eruiert die genauen Gründe für die zögerliche Umsetzung. Darauf aufbauend werden konkrete Empfehlungen zur Vorgehensweise bei der Umsetzung geliefert.

Die EU-Richtlinie aus 2014 schreibt den öffentlichen Verwaltungen vor, bis spätestens 2019 – je nach Verwaltungstyp bereits 2018 – den Empfang und die Verarbeitung elektronisch eingehender Rechnungen zu gewährleisten. Damit wird auch der Tatsache Rechnung getragen, dass immer mehr Lieferanten ihrerseits auf den elektronischen Versand von Rechnungen umstellen möchten.

Mangelnde "E-Invoice-Readiness"

Das Problem ist, dass auf Seiten der Verwaltung zumeist die nötige "E-Invoice-Readiness" fehlt. Damit ist nicht die allgemeine Bereitschaft zur Umstellung gemeint – viele kleine Kommunen beschäftigen sich längst mit dem Thema – sondern vielmehr das Fehlen der technischen und prozessualen Voraussetzungen. Der Ist-Prozess zeichnet sich durch Abtippen von Rechnungsdaten, Transport von Papier sowie viele unnötige "Sonderlocken" in der Bearbeitung aus. So stehen einer Minute Bearbeitungszeit pro Rechnung etwa 300 Minuten Transport- und Liegezeit gegenüber. Häufig sind die Prozessdetails

unbekannt und nicht dokumentiert. Auch die drei technischen Komponenten für die E-Rechnung sind nicht vorhanden: Nur wenige kommunale Verwaltungen haben einen elektronischen Rechnungseingang (5 Prozent), einen digitalen Rechnungsworkflow (10 Prozent) und ein revisionssicheres digitales Archiv (15 Prozent). Nur jede zwanzigste Kommune nutzt alle Komponenten und kann als "E-Invoice-Ready" bezeichnet werden – eine aktive Umstellung der Lieferanten hat allerdings auch hier noch nicht stattgefunden.

Passende Lösungen auch für kleine Kommunen

Dabei ergibt sich durch die E-Rechnung sogar bei einem Volumen von nur 5.000 Rechnungen jährlich ein Einsparpotenzial von über 50.000 Euro. Die Herausforderung liegt aber bei den Investitionskosten: Das Zusammenstellen der drei Komponenten über verschiedene Anbieter lohnt ebenso wenig wie die Anbindung an einen "großen" Provider, dessen Geschäftsmodell gar nicht auf kleine Kommunen und Behörden ausgerichtet ist. Nur wenige Firmen bieten ein ausgereiftes Komplettpaket für

kleine Kommunen an, mit dem sich die Ausgaben schnell amortisieren. Diese zu finden gleicht der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. So lohnt zum einen ein Blick auf FinTech-Unternehmen wie COMPRAGA, die vor allem auf innovative cloudbasierte Services für Rechnungswesen und Einkauf setzen. Der Trend geht hier ganz klar weg von teuren Scan-Infrastrukturen mit qualitativ überholter OCR-Datenextraktion. Zum anderen bieten E-Procurement-Spezialisten wie die TEK-SERVICE AG passende Lösungen für die elektronische Beschaffung – ohne eine Optimierung der Einkaufsprozesse ist die E-Rechnung schließlich nur die Hälfte wert.

**Dr. Donovan Pfaff ist Geschäftsführer, Dr. Steffen Bernius Senior Consultant bei der Bonpago GmbH. Bonpago berät seit über 15 Jahren Unternehmen und öffentliche Verwaltungen bei der Einführung der elektronischen Rechnungsbearbeitung. Die Ergebnisse der Studie sind unter www.bonpago.de abrufbar.*